

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 21.01.2010**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06110 Halle (Saale)

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter für Frau Hanna Haupt
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Norbert Böhnke	Verw	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Sven Weise	LIGA	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Herr Wedler	Verw	
Frau Kuhn	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertreten durch Frau Katharina Hintz
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.12.2009 - wird nachgereicht
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: V/2009/08378
 - 4.2. Bestellung einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2009/08533
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6. schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zum Stand SGB II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass die Anfrage von Frau Tomczyk-Radji zur Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms (Vorlage-Nr. V/2009/09416) aus der vorigen Sitzung in die nächste Sitzung verschoben wurde, jedoch heute nicht auf der Tagesordnung steht. Die Verwaltung kann dazu noch keine schriftliche Antwort geben, wird aber heute kurz mündlich dazu berichten.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.12.2009

Frau Tomczyk-Radji bedankt sich bei Frau Rudloff für die ausführliche Niederschrift. Sie bittet jedoch darum, **Satz 1 in Punkt 9 – Anregungen** zu streichen.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift vom 17.12.2009 bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt Vorlage: V/2009/08378

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Wedler und Frau Kuhn.

Frau Dr. Haerting fragt nach der heute verteilten Tischvorlage, wieso wird sie erst heute zur Verfügung gestellt? Herr Wedler informiert, dass die ursprüngliche Vorlage im Finanzausschuss vertagt wurde. Sie stellt eine Diskussionsgrundlage dar. Danach wurden noch verschiedene Dinge zusammengestellt. Die Projekte aus dieser Vorlage sind in Kurzfassung beschrieben. Sie sind im Anhang 3 als Projektblätter enthalten sowie allgemein dazu die Ziele der Stadt und das Handlungskonzept.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob richtig verstanden wurde, dass in der neuen Vorlage nichts Neues steht, sondern es sich nur um Ergänzungen und eine ausführlichere Darstellung handelt. Herr Wedler bejaht diese Frage. Die Projekte im alten Konzept sind auch im neuen in Projektblättern und Einschätzung der jetzigen Situation dargestellt. Herr Wedler führt zur Struktur des Handlungskonzeptes aus, dass ein neues integriertes Konzept

notwendig geworden sei. Es können nur Maßnahmen, die enthalten sind, bezuschusst werden. Hier müssen die Folgevoraussetzungen geregelt sein. Die Bürger konnten über Bürgerbriefkästen Anregungen geben. Mit beschlossenen Maßnahmen kann die Untersetzung zur Beantragung von Fördergeldern erfolgen.

Herr Kogge fragt, da die Zahlen nicht übereinstimmen, nach den Gründen. Was wird beschlossen? Herr Wedler antwortet, dass das alte Konzept schon beschlossen sei. Während der Projektphase ist der Ansatz zu Beginn des Projektes geringer gewesen und dann gestiegen. Herr Kogge fragt, was nun dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll, nun gibt es ja zwei Vorlagen unter einer Vorlagen-Nummer. Werden Zahlen aus 2009 abgestimmt? Herr Wedler sagt ja, 2009.

Herr Schachtschneider fragt nach der Verdoppelung bei der Sportachse Muldestraße. Was ist damit gemeint, dass der Umbau Dornröschen so viel mehr kostet.

Frau Kuhn erläutert, dass das Dornröschen als Familienbegegnungsstätte erhalten werden soll, investive Maßnahmen sind erforderlich für bauliche Maßnahmen.

Herr Schachtschneider fragt nach dem Passendorfer Schlösschen.

Herr Wedler sagt, es handelt sich nicht nur um das Schlösschen, sondern um das gesamte Areal, welches privatisiert ist. Der öffentliche Raum soll gestaltet werden in einer Dreibeziehung.

Herr Dr. Bartsch ergänzt, dass ein Zaun gezogen wird, damit die Öffentlichkeit nicht mehr Zugang hat.

Herr Schachtschneider fragt nach Projekt III.17. Frau Kuhn sagt, hier wird der Nordeingang neu geordnet und begrünt sowie die Parkplätze.

Herr Schachtschneider fragt nach Projekt IV.1, die Zahl ist sehr hoch. Herr Wedler erläutert, dass der Ansatz für drei Jahre ist, ebenso bei der Öffentlichkeitsarbeit, Projekt IV.4.

Herr Schachtschneider fragt nach der Setzung von Prioritäten. Herr Wedler sagt, dass alle Maßnahmen mit der Untersetzung von 2,8 Mio Euro umgesetzt werden, dies sind prioritäre Maßnahmen.

Frau Wolff fragt nach den wegen fehlenden Eigenmitteln zurückgenommenen fünf Maßnahmen. Wie hoch müssen die Eigenmittel sein? Neue sechs Maßnahmen wurden aufgenommen, nach welcher Priorität? Sie findet die Aufwertung des Stadions nicht richtig. Aus welchen Haushaltsstellen wird das Konzept bezahlt?

Herr Wedler sagt, es gibt eine extra Haushaltsstelle für „Soziale Stadt“. Frau Kuhn antwortet, dass private und freie Träger 50 % Eigenmittel aufweisen müssen. Herr Wedler erläutert, dass neue Projekte unter dem Gesichtspunkt, dass innerhalb von einem Jahr die Gelder abgerufen werden können, aufgenommen werden. Es gibt kein formelles Beteiligungsverfahren. Frau Kuhn ergänzt, dass Gebäude, die in städtischer Hand sind, zu 100 % gefördert werden. Herr Wedler erläutert die Maßnahmen zum Stadion, z. B. Kunstrasenplatz, Gestaltung des Umfeldes.

Herr Hildebrandt fragt nach Projekt III.14. Frau Kuhn antwortet, dass das alte Postgebäude nicht uns gehört. Herr Wedler ergänzt, dass die Umnutzung nur durch Erwerb durch die Stadt erfolgen kann. Das Projekt ist abgebrochen worden. Hier besteht kein Handlungsbedarf.

Frau Dr. Haerting fragt, ob bei der Audiovision die Mittel zweckgebunden sind und keine andere Verwendung finden können. Woher kommen Verkaufserlöse? Hat das Quartiersmanagement Sponsoren gebunden? Herr Wedler sagt, dass die Mittel zweckgebunden für die „Soziale Stadt“ sind, jeder Antrag wird untersetzt und bewilligt. Fällt die Maßnahme weg, sind die Mittel für die „Soziale Stadt“ noch da, ein Antrag auf Umbewilligung wird gestellt (bis Ende März, sonst stehen sie nicht mehr für uns zur Verfügung).

Frau Dr. Haerting fragt, ob der Geldgeber damit einverstanden ist. Herr Wedler sagt ja, die Mittel stehen für das Gesamtprojekt zur Verfügung. Das Quartiersmanagement konnte Vereine unterstützen in Halle-Neustadt, Heide-Nord, den Europäischen Nachbarschaftstag, Wohnungsunternehmen wurden dazu bewegt, einen Anteil zu bezuschussen.

Frau Krausbeck fragt nach dem rahmensetzenden Beschluss. Herr Wedler sagt, dass er für die weitere Planung erforderlich ist, die Förderungen müssen beantragt werden.

Herr Dr. Yousif fragt nach einem Projekt des Eine-Welt-Hauses Halle e. V. Frau Kuhn antwortet, der Verein hat das Projekt zurückgezogen.

Herr Schachtschneider sagt, die Verkaufserlöse wären höher als nur 39.000 Euro. Frau Kuhn sagt, diese seien nur der Rest, die Gelder sind schon woanders eingeflossen.

Herr Schachtschneider fragt nach der Pustebblume, ob dort so viel in einem Bereich notwendig ist. Herr Wedler sagt, dass innerhalb der Projektliste Änderungen über die Fraktionen beantragt werden können. Umverteilungen sind möglich. Er macht den Vorschlag, im Planungsausschuss durch die Vertreter der Fraktionen Vorschläge einzubringen.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass sie auch hier im Ausschuss die Möglichkeit sieht, Vorschläge zu machen.

Herr Dr. Bartsch bittet darum, mehr Vereine in Halle-Neustadt einzubeziehen. Er sieht im Bereich Halle-Neustadt zu wenig im kulturellen Bereich. Von der Summe sollte mehr für kulturelle Maßnahmen verwendet werden.

Frau Wolff findet, dass im Osten der Stadt mehr gemacht werden könnte. Sie bittet darum, das Stadion herauszunehmen.

Frau Hintz bemerkt, dass der Vorschlag von Frau Wolff zur Folge hätte, dass das Geld woanders eingesetzt werden muss. Frau Wolff macht den Vorschlag, dafür Projekt III.22 nachrücken zu lassen. Herr Wedler sagt, die Aufstellung in der Vorlage hat in der Summe die Gesamtkosten, die angesetzt sind, unterteilt in Fördermittel und Eigenmittel. Baumaßnahmen müssen in den Vergabeausschuss.

Herr Müller erläutert die Maßnahmen am Stadion und findet sie wichtig und notwendig.

Frau Krausbeck fragt, ob Projekt III.22 nachrücken könnte? Frau Kuhn erläutert, dass ein Nachrücken möglich sei, aber auch eine Aufnahme in das nächste Programm 2011.

Die Ausschussvorsitzende unterstützt die Aussage von Herrn Müller zum Stadion. Eine Nachhaltigkeit ist hier mit den Sportvereinen besonders gegeben. Sie fragt nach dem Sozialkaufhaus, es hätte besondere Bedeutung für Halle-Neustadt, jedoch hat der Träger das Projekt zurückgezogen. Herr Wedler informiert, dass diese Maßnahme im nächsten Jahr kommen könnte, wenn ein Träger gefunden wird.

Herr Hildebrandt fragt, ob die Fördergelder auch in andere Stadtteile fließen können? Herr Wedler sagt, dass hier die Abgrenzungen auf ein geschlossenes Gebiet sind.

Frau Wolff stellt den **Antrag**, Projekt III.15 – Aufwertung des Neustädter Stadions - aus dem Handlungskonzept „Soziale Stadt“ zu streichen.

Abstimmung:

Ja: 2

Nein: 7

Enthaltungen: 1

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Frau Wolff stellt den **Antrag**, dem Hauptausschuss zu empfehlen, dem Projekt III. 22 – Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt - im Rahmen des Handlungskonzeptes „Soziales Stadt“ eine höhere Priorität zukommen zu lassen und bittet die Verwaltung zu beauftragen, bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 17.2.2010 einen Vorschlag zur Aufnahme des Projektes III.22 in eine höhere Priorität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu machen.

Abstimmung:

Ja: 8
Nein: 1
Enthaltungen: 1

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung zur Beschlussvorlage:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5
Nein -
Enthaltungen 5
Einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ 2009 -2013 in Halle-Neustadt zu.
2. Für die jeweiligen Einzelmaßnahmen sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.

Es handelt sich um einen rahmensetzenden Beschluss.

**zu 4.2 Bestellung einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2009/08533**

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass die jetzige Stellvertretende Protokollführerin sich in Elternzeit befindet und dafür Frau Rudloff eingesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10
Nein: 0
Enthaltungen 0

Beschlussvorschlag:

Im Einvernehmen mit dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestellt die Oberbürgermeisterin Frau Susann Rudloff ab Februar 2010 zur stellvertretenden Protokollführerin des Ausschusses.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Zur Anfrage von Frau Tomczyk-Radji zur Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms (Vorlage-Nr. V/2009/09416) erläutert Herr Böhnke, dass es noch keine Veröffentlichungen dazu gibt und keine Richtlinie.

Am 25.1.2010 findet in Magdeburg eine **Auftaktveranstaltung Vernetzungsstelle KiTa- und Schulverpflegung – Berufung von Gesundheitszielmodellprojekten** statt.

Herr Böhnke schlägt vor, Frau Tomczyk-Radji auf dem Laufenden zu halten und über diese Veranstaltung im nächsten Ausschuss zu berichten.

Frau Tomczyk-Radji behält sich vor, die Anfrage zu einem späteren Zeitpunkt hier bzw. anderweitig auch im Jugendhilfeausschuss bzw. Bildungsausschuss zu stellen.

zu 7 Mitteilungen

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob es Mitteilungen der Verwaltung gibt.

Herr Schneller berichtet über die Entwicklung bei den Kosten der Unterkunft (KdU). Im Rahmen der KdU gibt es ein BSG-Urteil vom 22.09.2009 zur Warmwasserpauschale, welches nun umgesetzt wird. Der von den KdU abzusetzende Anteil für Warmwasserbereitung wurde mit diesem Urteil um durchschnittlich 25 Cent pro Monat je Leistungsempfänger abgesenkt.

Zum Zweiten informiert Herr Schneller zur Übertragung der Aufgaben im Rahmen des Bundeselterngeldes (BEEG). Hier sind zu den Neuanträgen noch die vom Landesverwaltungsamt übertragenen Fälle abzuarbeiten. Es war vorgesehen, dass im Bereich BEEG vier Sprechtage in der Woche stattfinden sollen. Da sich die Vorsprachen jedoch im Rahmen halten, zeigt sich hier, dass ein Rückgang auf drei Sprechtage sinnvoll ist. Die Mitarbeiter des BEEG werden somit – wie das Sozialamt allgemein – drei Sprechtage (Montag und Freitag von 9.00 bis 12.30 Uhr sowie Dienstag von 13.00 bis 17.30 Uhr) haben.

zu 7.1 Bericht zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Radig gibt einige aktuelle Informationen zum Stand SGB III und erläutert die Statistik, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Es gibt keine dramatischen Entwicklungen. Insgesamt hat die ARGE 2009 ein gutes Ergebnis und die Vorgaben wurden erfüllt. Die Weiterentwicklung und Neuorganisation zum SGB II wird zurzeit diskutiert, im Januar/Februar sollen Mustervereinbarungen vorliegen. Es ist noch keine Aussage zu Personal und Organisation getroffen worden.

Frau Wolff fragt, ob es im März eine Klärung zur ARGE geben wird und ob dies Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt hat.

Frau Dr. Radig sagt, dass über die Organisationsfrage eventuell im Juni Klarheit kommen könnte. Es gäbe zu den Leistungen keine finanziellen Auswirkungen auf die Stadt, eventuell im Verwaltungskostenanteil. Die Rahmenbedingungen können sich ändern, z. B. bei der EDV.

Frau Wolff fragt nach dem Anteil des Personals, welches KdU bearbeitet. Frau Dr. Radig erläutert, dass zurzeit 150 städtische Mitarbeiter städtische Aufgaben wahrnehmen, mehr als die Hälfte bis ca. 2/3 der Mitarbeiter machen BA-Aufgaben. Dies würde auch später so bleiben.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Hildebrandt erkundigt sich bei der ARGE nach den Rückforderungen bei KdU. Frau Dr. Radig informiert über die Handhabung. Werden für Kunden KdU gezahlt, wird von der Kommune die Rückzahlung an die ARGE beantragt. Rückforderungen bei Kunden gestalten sich schwierig und werden oft gestundet bzw. wird Ratenzahlung vereinbart. Die Kunden haben das Geld oft schon ausgegeben. Die wirtschaftliche Situation ändert sich im Laufe der Zeit kaum.

Frau Krausbeck nimmt einen Artikel in der Magdeburger Volksstimme zur Neustrukturierung von Frauenhäusern zum Anlass zur Frage, ob hier in Halle auch an so etwas gedacht wird. Die Ausschussvorsitzende bittet darum, diese Frage an Frau Wildner zu richten, welche heute nicht anwesend ist. Sie wird die Frage im nächsten Ausschuss beantworten.

zu 9 Anregungen

Frau Tomczyk-Radji regt an, andere Einrichtungen zu besuchen, z. B. die Stadtmission, da dort umgebaut wurde.

Die Ausschussvorsitzende regt an, die Weibewirtschaft in die nächste Ausschuss-Sitzung einzuladen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.02.10

Kerner
Protokollführerin